

Gesamtdeutsche Normalität – ein Redebeitrag der Initiative „Pogrom 91“

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung in Erinnerung an Samuel Yeboah in Dillingen.

Ihr habt euch auf dem Hoyerswerdaer Platz versammelt, Dillingen ist Partnerstadt von Hoyerswerda – einer Kleinstadt in Ostsachsen.

Und es gibt noch mehr, was den Anlass eurer Versammlung mit der Stadt in der Lausitz verbindet – es ist die gesamtdeutsche Normalität Anfang der 1990er Jahre, in der es fast täglich zu gewalttätigen Angriffen durch Neonazis kam. An jenem 19. September 1991, an dem der Ghanaische Flüchtling Samuel Yeboah durch einen Brandanschlag umgebracht wurde, versuchten auch in Hoyerswerda Neonazis die Wohnhäuser von Migrantinnen und Migranten in Brand zu stecken. Unterstützt wurden sie dabei von der ortsansässigen Bevölkerung, ein Mob von bis zu 600 Menschen. Während die Neonazis Steine, Flaschen und Molotowcocktails warfen, bejohlten und beklatschten vermeintlich ganz normale Bürgerinnen und Bürger die Attacken und schützten die Angreifer vor der Polizei, welche die Lage ohnehin kaum unter Kontrolle bekam. In dem mehrere Tage andauernden rassistischen Pogrom wurde zuerst das Wohnheim der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus Mosambik und Vietnam angegriffen, die z.T. schon mehreren Jahre in Hoyerswerda lebten und arbeiteten. Anschließend suchte sich der Mob ein neues Ziel: Das Wohnheim der Asylsuchenden etwas abseits vom Stadtzentrum. Die Angriffe endeten erst, als Vertragsarbeiter und Asylsuchende die Stadt verlassen mussten – für viele Mosambikaner ging es direkt zum Flughafen und zurück nach Mosambik.

Ein Betroffener der Angriffe beschrieb die Abreise in seinen Worten:

„Was ich in den letzten Wochen hier erlebt habe, ist mein erster Schritt zum Friedhof. Ich danke der Polizei, dass sie uns in diesen Tagen geschützt hat. Ohne die Polizei, den Schutz der Polizei, hätte man uns alle am 18. totgeschlagen.

Weil ich Angst habe, bin ich seit dem 16. September nicht mehr zu meiner Frau und meiner Tochter Fatima gefahren. Auch sie können nicht zu mir kommen. Wir haben Angst um unser Kind.

Ich fliege jetzt nach Hause, ohne von meiner Familie Abschied zu nehmen.

Ich bin sehr traurig.“

Anschließend fand eine große antirassistische Demonstration in Hoyerswerda statt, die meisten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen jedoch von außerhalb, nur sehr wenige Menschen aus Hoyerswerda stellten sich auf Seiten der Angegriffenen, die meisten der damals fast 70.000 in Hoyerswerda lebenden Menschen gehörten zur schweigenden Mehrheit.

Hoyerswerda war leider Teil der gesamtdeutschen Normalität der 1990er Jahre, in Ost- und Westdeutschland brannten Flüchtlingsunterkünfte, in beiden Teilen des wenige Monate zuvor geteilten Landes wurden Migrantinnen und Migranten und andere Menschen, die nicht ins Weltbild gewalttätiger Neonazis passten, brutal angegriffen, geschlagen oder getötet. Motiviert waren die Gewalttäter vom Rassismus und Nationalismus der Nachwendzeit, der insbesondere in Ostdeutschland von der Atmosphäre der Unsicherheit und Enttäuschung in Zeiten des Umbruchs angeheizt wurde. Die Situation wäre nicht derart eskaliert ohne eine starke und extrem gewalttätige Neonaziszene, die in einigen Teilen Ostdeutschlands die zu jener Zeit dominante Jugendkultur stellte. Auch in den Jahren vor der Wende waren Rassismus und rechte

Einstellungen in der DDR nicht vom Boden verschwunden, sie wurden im real existierenden Sozialismus mit seinem staatlichen verordneten Antifaschismus allerdings nicht thematisiert – und traten ab 1989 umso erschreckender an die Oberfläche.

Der Mord an Samuel Yeboah und das rassistische Pogrom von Hoyerswerda liegen 25 Jahre zurück. Sie sind deshalb Geschichte? Veranstaltungen wie diese wichtige Kundgebung hier in Dillingen halten die Erinnerung aufrecht – eine Erinnerung und ein Gedenken, welches erkämpft werden muss, denn von staatlicher Seite gibt es kein Interesse, an solche Ereignisse zu erinnern. Die Toten und die Angriffe bleiben nur dort unvergessen, wo eine lebendige Erinnerungskultur besteht, die oft lediglich von zivilgesellschaftlichen, meist linken Gruppen aufrecht erhalten wird. Eine Erinnerung, die schnell auch an die Widersprüche der Gegenwart stößt.

Inzwischen erinnert ein Denkmal in Hoyerswerda an die Ereignisse von 1991. Auch wenn wir mit der Gestaltung dieses Ortes der Erinnerung wenig zu Frieden sind, war es ein Ergebnis einer langjährigen Auseinandersetzung. Sie war nicht zuletzt einer der Auslöser dafür, dass zivilgesellschaftliche Akteure aus Hoyerswerda sich frühzeitig organisierten, als bekannt wurde, dass über 20 Jahre nach 1991 ein neues Flüchtlingsheim in Hoyerswerda eröffnet würde. Mit dem Gedanken, „Szenen wie 1991 wollen wir in Hoyerswerda nie wieder sehen“, gelang es ihnen zu verhindern, dass Rechte sowie Rassistinnen und Rassisten die Diskussion um das neue Heim dominieren konnten. Darüber hinaus haben sie ein Netzwerk von Unterstützerinnen und Unterstützern für die Neuankommenden aufgebaut. Rassistische Anfeindungen gegen die Flüchtlinge sowie ein Brandanschlag auf eine bewohnte Unterkunft konnte leider auch das nicht verhindern – es ist Teil der neuen gesamtdeutschen Normalität 2016.

Zu ihr gehört auch eine Asylgesetzgebung, die es Flüchtlingen schwerer den je macht, in Deutschland Fuß zu fassen, eine Asylgesetzgebung, die im Zuge der Diskussionen um die rechte Gewalt der 1990er Jahre verschärft wurde, deren Opfer ausgerechnet insbesondere Flüchtlingen waren. Die lebendige Erinnerung an Samuel Yeboah und all die anderen Opfer rechter Gewalt ist deshalb mehr als die Auseinandersetzung um die gesamtdeutsche Realität der 1990er Jahre – sie kann nur in Kritik der aktuellen Verhältnisse gedacht werden.

Jedes Opfer bleibt unvergessen, erinnern heißt kämpfen!

Vielen Dank.